



Niederschrift

64. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Mai 2019, 13:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 12 der Tagesordnung: Hebammen in Familienzentren (Aufhebung Sperrvermerk) Vorlage: 2019/0357

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt – nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss - das vorliegende Konzept „Hebammen in Familienzentren – Konzept für eine nichtaufsuchende Wochenbettbetreuung und zur Vernetzung der Karlsruher Hebammen“ (siehe Anlage) und hebt den Sperrvermerk in Höhe von je 58.240 Euro für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 12 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss.

Stadtrat Krug (CDU): Die frühe Prävention ist gerade im dem Bereich äußerst wichtig, nämlich dass wir Hebammen in Familienzentren haben, weil gerade Hebammen einen sehr niedrigschwelligen Zugang haben. Meine Partei war in diesem Punkt schon länger aktiv. Es gab schon vor Jahren haftungsrechtlich bedingte Probleme, die Hebammen heute im Vergleich zu früher haben. Deswegen ist es für uns besonders erfreulich, dass die Resonanz unter den Hebammen für unser Konzept doch viel größer war, als von manchen befürchtet.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Bald ist es soweit. Wenn eine Frau im Wochenbett keine Hebamme findet, dann kann sie beispielsweise über die Familienzentren mit einer Hebamme telefonieren oder einen Termin ausmachen oder auch an einem Gruppenangebot teilnehmen. Die Stadt Karlsruhe, Hebammenverband, der Gemeinderat, genauer die Fraktionen GRÜNE, SPD, KULT, Linke, FÜR Karlsruhe und Freie Wähler und die Verwaltung lassen junge Mütter und ihre Säuglinge nicht im Stich. Die Stadt kümmert sich darum, auch wenn die Hebammenversorgung eigentlich nicht Aufgabe der Stadt ist. Dies war ein interfraktio-

neller Antrag. Dieses Konzept wurde in sehr kurzer Zeit vom Hebammenverband und der Verwaltung ausgearbeitet, so dass der Sperrvermerk über rund 60.000 Euro aufgehoben werden kann. Herzlichen Dank an Frau Wagner und Herrn Nees, stellvertretend für alle Akteurinnen und Akteure.

Das Konzept ist schlüssig und macht deutlich, dass es eine vorübergehende Ergänzung ist. Es stellt klar, wann die Krankenkassen zuständig sind. Es ist ein niedrigschwelliges Angebot nah an den Familien und beschreibt auch die notwendige Vernetzungsarbeit in den Stadtteilen, um zum Beispiel Vertretungsfragen zu klären und die wenigen Hebammen gut zu steuern, da wo sie gebraucht werden. Im Jugendhilfeausschuss wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass dieses komplexe Konzept einmalig in ganz Deutschland ist. Ein weiteres im sozialen Bereich. Eine weitere schöne Mitteilung erhielten wir im Jugendhilfeausschuss. Es gibt bereits viele Hebammen, die hier aktiv werden wollen. Das war nicht von vornherein klar. Wunderbar, wir freuen uns.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch wir haben diesen Wunsch von Anfang an mitartikulierte und begleitet, in der Vergangenheit auch schon Unterstützung geleistet durch verschiedene Beschlüsse. Im Rahmen der Doppelhaushaltsberatungen sind wir eingesprungen, die Probleme wurden schon aufgezeigt. Heute können wir mit dem vorliegenden Beschluss die Quartiersarbeit qualitativ weiter voranbringen, indem wir diese Beschlussvorlage Hebammen in Familienzentren so fassen.

Es ist ein hervorragendes Konzept, das uns vorliegt. Wir sind gespannt auf die ersten Berichte zur Evaluation, hoffen, dass sich das dann auch bewährt, und freuen uns nun auf die gemeinsame Beschlussfassung.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben in unserer Bundesrepublik und leider auch hier in Karlsruhe zu wenige Hebammen. Es ist wirklich schade, weil gerade Hebammen einen unglaublich wichtigen Beruf haben. Eine Hilfe für die Familien und ein guter Start ins Leben für die Kinder, das muss eine hohe Priorität haben. Deshalb freuen wir uns über dieses Konzept. Es ist nicht ideal, aber in der angespannten Versorgungslage ist die Lösung vertretbar und eigentlich mit viel Flexibilität und Kreativität entwickelt. Wir stimmen der Vorlage sehr gerne zu. Aber ein Ersatz für eine reguläre Nachsorge ist es selbstverständlich nicht.

Stadtrat Cramer (KULT): Heute geht es an sich nur um eine Formalie, nämlich die Aufhebung des Sperrvermerks, den wir bei den Haushaltsberatungen mit in den Haushalt genommen haben. Es freut mich, dass die CDU heute auch so mit dabei ist. Aber aus Sicht meiner Fraktion und aus Sicht der Karlsruher Liste kann es nicht bedeuten, dass wir uns jetzt zurücklehnen und meinen, wir haben alles getan. Wir möchten – und das werden wir einbringen in der nächsten Legislaturperiode –, dass man in Karlsruhe ein Geburtshaus einrichtet. Wir denken, das ist die logische Konsequenz aus all unseren Bemühungen, die wir hier einheitlich im Gemeinderat auf den Weg bringen. Aber es muss weitergehen im Interesse der Hebammen, aber auch im Interesse der Familien und im Interesse der schwangeren Frauen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung. – Das ist einstimmige Zustimmung. Das sollte uns aber nicht – das ist aber mehrfach gesagt worden – davon abhalten, auf der Bundesebene für andere Lösungen zum Thema der

Hebammen zu sorgen. Denn letztlich können wir ansonsten das mit Sicherheit nicht auffangen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
14. Juni 2019